

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/KIX/228

Bonn, den 30. November 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>De Gaulle und die Präambel</u>	50
	Einseitige Auslegung des deutsch-französischen Vertrages	
2	<u>Schwierige Aufgabe</u>	55
	CDU weiß nicht, wie sie mit Karlsruhe fertig werden soll	
3	<u>Mildes Klima</u>	61
	Deutsch-dänische Kinderheitenwünsche	
4	<u>KP Jugoslawiens wieder einmal am Scheideweg ?</u>	49
	Kongress als Prüfstein	
	Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher	
5 - 6	<u>Papierpyramide der kommunistischen Wirtschaft</u>	85
	Parner oder Schreiber ?	
	- die große Frage in der Tschechoslowakei	
	Von Rudolf Hornig	

***** Zur Beachtung *****

Der SPD-Pressedienst veröffentlicht in seiner Ausgabe vom
1. Dezember 1964 - Dienstag - einen interessanten Artikel
des sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Georg
K a h n - A c k e r m a n n zum Thema:

Die Bundesrepublik und die UKUSA.

Der Verfasser stellt dar, wie groß die Schwierigkeiten für
die Bundesrepublik sind, sich trotz der beachtlichen deut-
schen Leistungen in dieser großen internationalen Weltorga-
nisation mit 120 Mitgliedsstaaten den ihr gebührenden Platz
zu sichern. Die Redaktion

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunscheidtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 2 19 01 / 3 19 • Redaktion 2 18 31 / 32 • Telex: 8 886 890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

De Gaulle und die Prämabel

Einseitige Auslegung des deutsch-französischen Vertrages

G.M. - Die letzte Rede de Gaulles in Straßburg ist schon über eine Woche alt. Wegen anderer wichtiger politischer Ereignisse scheinen jedoch zwei Passagen dieser Rede "untergegangen" zu sein, die für die deutsch-französischen Beziehungen von größter Bedeutung sind. Deswegen verweisen wir noch einmal auf diese Absätze der Rede de Gaulles, zumal wohl in Kürze damit gerechnet werden muß, daß sich der französische Staatspräsident bei seinen Kontakten mit Vertretern der Bundesregierung gerade auf seine Straßburger Rede berufen dürfte.

De Gaulle hat nicht nur die Einheit des westlichen Europa - er meint damit die EWG - beschworen, sondern auch gefördert, auf politischem Gebiet.

- * "Vor allem auf dem der Verteidigung, eine Organisation ins Leben zu rufen, die zwar mit der neuen Welt verbündet ist, die aber ganz ihre eigene ist, mit eigenen Zielsetzungen, eigenen Mitteln und eigenen Verpflichtungen."

Diese Äußerung de Gaulles läßt darauf schließen, daß er wohl bald die Bundesregierung auffordern wird, sich mit ihm über eine gemeinsame und von den Vereinigten Staaten u n a b h ä n g i g e europäische Verteidigungsmacht, einschließlich der atomaren Verteidigung, zu einigen.

Interessant ist auch die andere Bemerkung de Gaulles in der gleichen Rede, weil sie zeigt, daß der französische Staatspräsident mit der ihm eigenen Souveränität latbestände ignoriert, von denen er gewiß Kenntnis hat. Er sagte nämlich in Erinnerung an den Elysée-Vertrag wörtlich:

- * "Wer könnte die Bedeutung verkennen, die **w i r** dem Vertrag über die Zusammenarbeit beimessen, der im vergangenen Jahr ohne Einschränkung und ohne Prämabel von den Regierungen in Bonn und Paris unterzeichnet worden war."

Das hier von uns veröffentlichte Zitat aus der Rede de Gaulles wurde der deutschen Presse von der Presseabteilung der französischen Botschaft in Bad Godesberg zur Verfügung gestellt. In dem uns vorliegenden deutschen Text ist das Wort **W I R** von der französischen Botschaft selbst gesperrt gedruckt worden. Die französische Botschaft legt also Wert darauf, daß der deutsche Empfänger des Textes genau zur Kenntnis nimmt, in welchem Geiste Staatspräsident de Gaulle den Elysée-Vertrag gewertet wissen will: **o h n e** Einschränkung und **o h n e** Prämabel. - Soweit es sich um die Unterschriften von de Gaulle und Adenauer handelt, hat der Staatspräsident sogar Recht. Nicht Recht hat er dagegen, wenn man davon ausgeht - und das muß jede deutsche Regierung tun, - daß der Bundestag den Vertrag **e i n s t i m m i g** unter der Voraussetzung zugestimmt hat, der Elysée-Vertrag dürfe keine der anderen von der Bundesrepublik eingegangenen internationalen Verpflichtungen beeinträchtigen. Von allen Parteien wurde ausdrücklich betont, die deutsch-französische Freundschaft müsse eingebettet sein in die atlantische Gemeinschaft und dürfe nicht als Selbstzweck oder isoliertes bilaterales Verhältnis zwischen Bonn und Paris gewertet werden.

Wenn de Gaulle also ausdrücklich noch einmal darauf hinweist, ihn interessiere die Prämabel nicht, scheint er sehr darauf zu bauen, daß Adenauer, der ja ebenfalls nichts von der Prämabel wissen wollte, heute noch stark genug ist, um seinen Willen durchsetzen zu können.

Schwierige Aufgabe

CDU weiß nicht, wie sie mit Karlsruhe fertig werden soll

sp - Seit Freitag vergangener Woche bemüht sich bei der CDU ein sogenanntes "Aktionsteam" um eine den Tatsachen gerecht werdende Beurteilung des 16. Parteitages der SPD in Karlsruhe. Die Fragestellung lautet: Soll man den SPD-Parteitag ignorieren, soll man einzelne Vorgänge kritisch beleuchten oder ist es für die CDU zuträglicher, den Parteitag en bloc zu verdonnern? - Bisher ist es dem "Team" nicht gelungen, eine schlüssige Antwort auf diese Fragen zu geben. Nachdem Willy Brandt betont hat, die stärkste Waffe der SPD sei die Sachlichkeit, versagt die zu Zeiten Adenauers gegenüber der SED angewandte Verunglimpfungstaktik völlig.

So wirkt denn auch alles, was bisher von der CDU über den SPD-Parteitag gesagt wurde, irgendwie gespenstisch. Bundeskanzler Professor Erhard weint sich in Ulm vor seinen Parteifreunden darüber aus, daß es selbst ihm nicht mehr gelinge, die SPD aus ihren Löchern hervorzulocken. Dabei merkt der Bundeskanzler gar nicht, was er sagt, denn bekanntlich sitzt die SPD nicht in "Löchern", sondern regiert in den meisten deutschen Großstädten, in zwei Bundesländern und in den großen Stadtstaaten, gewinnt von Wahl zu Wahl mehr Stimmen und hat in der deutschen Öffentlichkeit heute ein derartiges Prestige, daß man sie vielerorts schon für die Regierungspartei hält.

Zugegeben, es ist sehr schwer, etwas gegen die SPD zu sagen, denn schließlich kann man ja nicht darüber schimpfen, wenn die Sozialdemokraten u.a. eine bessere Gesundheitsfürsorge, eine aufeinander abgestimmte Finanzpolitik von Bund, Ländern und Gemeinden fordern, der Bundesregierung nachweisen, daß sie trotz jahrelanger Regierungstätigkeit die großen Gemeinschaftsaufgaben vernachlässigt hat und krampfhaft bemüht ist, die beachtlichen wirtschaftlichen und geistigen Leistungen unseres Volkes auf ihr parteipolitisches Konto zu schreiben. Schwierig ist es auch, auf eine SPD zu schimpfen, die dort, wo sie von Vertrauen der Wähler getragen wird, nachweislich alles besser macht als die CDU; das haben die letzten Kommunalwahlen gezeigt.

Wie schwer es der CDU fällt, sich selbst zurechtzufinden, beweist der Provinzialparteitag der CDU des Rheinlandes in Alsdorf. Dort wollte man Zuversicht demonstrieren. In den Reden mag das auch einigermaßen gelungen sein, bei den Vorstandswahlen jedoch wurde sehr deutlich, wie man in der CDU wirklich über die führenden Männer denkt. Bundeswohnungsminister Lücke rutschte auf den zwölften Platz zurück. Der nordrhein-westfälische Landtagspräsident Johnen wurde bei der Wahl ausgebootet; er bleibt nur assoziiertes Mitglied in seiner Eigenschaft als Landtagspräsident. Ein ähnliches Bild zeigt sich beim Kongreß der Katholischen Arbeiterbewegung (KAB) in Duisburg, wo festgestellt wurde, daß immer mehr katholische Arbeitnehmer der CDU die jahrelang gehaltene Treue kündigten und sich der SPD zuwandten.

Was die Sicherheits- und Außenpolitik angeht, so läßt sich besonders die CSU nicht lumpen. Sie schießt weiter mit vollen Breitseiten auf Außenminister Schröder und verkündet durch den früheren CSU-Bundestagsabgeordneten, Freiherrn Elmar von Fürstenberg, der Bundeskanzler lasse dem Außenminister "freie Hand für ein frivoles Spiel um Deutschland".

Unter solchen Umständen und bei einem derartigen Durcheinander in den Regierungsparteien ist es für die armen Männer vom "Aktionsteam" der CDU gewiß nicht einfach, den Brocken "Parteitag Karlsruhe" zu verdauen.

Mildes Klima

Deutsch-dänische Minderheitenwünsche

ks. - Die drei Vertreter der deutschen Minderheit in Dänemark, Jef Blume, Harro Marquardsen und Jes Schmidt, sowie der Generalsekretär der Schleswigschen Partei, Rudolf Stehr, sind nun nacheinander in Kiel von Ministerpräsident Dr. Lemke, in Kopenhagen von Staatsminister J.O. Krag und in Bonn von Vizekanzler Dr. Fenske empfangen worden. Die Gespräche, wie die deutsche Minderheit künftig im Kopenhagener Folketing vertreten sein wird, sind in Fluß.

Der Plan der deutschen Minderheit läuft darauf hinaus, bis zur nächsten dänischen Reichstagswahl in etwa vier Jahren in einem Regierungsausschuß vertreten zu sein. Staatsminister Krag hat schon zu verstehen gegeben, daß er einem solchen Ausschuß vorstehen würde und das Ganze erhalte ein besonderes Gewicht durch die Anwesenheit von sieben Ministern bei dem ersten Kontaktgespräch. Daneben möchte die deutsche Minderheit für die nächste Wahl von den in Dänemark geltenden Sperrklauseln befreit werden, um auch dann wieder in den Reichstag zu kommen, wenn sie weniger Stimmen als bei der letzten Wahl erhalten sollte.

Hierbei ist auf die Haltung hingewiesen worden, welche die Bundesrepublik der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein angedeihen ließ. Als der Südschleswigsche Wählerverband an der Fünf-Prozent-Klausel des schleswig-holsteinischen Wahlgesetzes scheiterte, richtete man einen besonderen Parlaments-Ausschuß ein. In ihm saßen die Vertreter der dänischen Minderheit als beratende Mitglieder. Das Landeswahlgesetz wurde von der Sperrklausel für die Minderheit befreit, so daß sie in den folgenden Kreisler Landtag einziehen konnten. Das alles geschah seinerzeit auf massiven Druck der Sozialdemokraten, wobei mancher Widerstand in den Reihen der Christdemokraten zu überwinden war.

Zweifellos stehen jetzt Gespräche zwischen Bonn und Kopenhagen über diplomatische Kanäle bevor. Das um so mehr, weil die deutsche Minderheit in Dänemark angeregt hat, man sollte die dänisch gesonnenen Bürger von Schleswig-Holstein in Bonn gleichartig behandeln. Das bedeutet, daß der SSW nicht nur in Kiel im Parlament sitzt, wie es der Fall ist, sondern daß auch eine Art Minderheiten-Büro in Bonn eingerichtet würde. Es ist noch offen, ob diese Wünsche in Erfüllung gehen können, aber weil in Schleswig-Holstein alle Sperrn für den SSW gefallen sind.

Ohne Zweifel ist das Klima an der deutsch-dänischen Grenze liberaler wie nie zuvor in der Geschichte beider Staaten. Dabei hat die Bundesrepublik allen Grund, Dänemark gegenüber großzügig zu verfahren, das ja einmal das Opfer von Hitlers Aggressionspolitik war. Selbstverständlich kommt dieses milde Klima auch den Deutschen in Dänemark zugute. Das verpflichtet die deutsche Minderheit aber auch, nicht weiterhin nach rückwärts zu denken. In ihren Reihen wird beispielsweise diskutiert, ob es gut war, einen Jef Blume als Kandidaten aufzustellen, der einmal als SS-Offizier in der Division "Viking" kämpfte und nach 1945 in Dänemark ins Gefängnis kam. Es wird auch davon gesprochen, ob es gut ist, die Kontaktstelle in Kopenhagen einem Rudolf Stehr anzuvertrauen, denn er leitete im Krieg eine ähnliche Stelle bei Hitlers Generalbevollmächtigten Dr. Best. Best ordnete damals an, daß Dänemarks Regierung eine solche Stelle einzurichten habe. Zusammenfassend sollte man meinen, die deutsche Minderheit wäre gut beraten, der Jugend in ihren Reihen den Weg in ihre Spitzenpositionen zu öffnen.

KP Jugoslawiens wieder einmal am Scheideweg ?

Kongreß als Prüfstein

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher

Als die jugoslawischen Kommunisten ihren seit Koraten überfälligen VIII. Parteikongreß für den 7. Dezember in Belgrad festsetzten, konnte niemand voraussehen, daß dieses Ereignis in einem solchen unerwarteten Ausmaße zu einem Prüfstein für die Situation innerhalb der kommunistischen Weltbewegung werden würde. Hatte man ursprünglich den Kongreß deswegen so lange hinausgezögert, um die zwischenstaatlichen und parteilichen Beziehungen mit der Sowjetunion und übrigen moskautreuen Ländern Osteuropas weitgehend zu normalisieren, so hat der unvorhergesehene Sturz Chruschtschows dem Belgrader Parteitag neue Akzente aufgesetzt. Die Frage, wie man sich unter den gegebenen Umständen selbst verhalten soll und wie sich die kommunistischen Partner verhalten werden, die man braucht, um zu beweisen, daß Jugoslawien die Isolation innerhalb der kommunistischen Welt endgültig durchbrochen hat, ist jetzt noch brennender geworden.

Bereits vor dem Moskauer Szenewechsel hatte dieses Problem eine erstrangige Bedeutung erhalten, wie das auf dem letzten Kongreß des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens im Jahre 1958 in Ljubljana verabschiedete und seitdem vom Ostblock lange Jahre hindurch als "revisionistisch" angegriffene neue Parteiprogramm behandelt werden sollte. Daß an eine prinzipielle Programmkorrektur nicht gedacht war, stand eigentlich steht außer Zweifel; wäre doch dies einem Eingeständnis gleichgekommen, daß Belgrad die entscheidenden Konzessionen für die sowjetisch-jugoslawische Wiederversöhnung gemacht hat. So herrschte höchstens der Eindruck vor, daß man vielleicht in gewissen programmatischen Erklärungen der vor Chruschtschow innerhalb des europäischen Ostblocks - Albanien ausgenommen - durchgesetzten Auffassung entgegenkommen würde, wonach Jugoslawien keineswegs revisionistisch, sondern eben doch ein "sozialistisches Land" sei. Die Tatsache, daß die Jugoslawen auch von den neuen sowjetischen Machthabern erneut zu den Revolutionsfeierlichkeiten in Moskau eingeladen worden waren, wirkt bis zu einem gewissen Ausmaße beruhigend, wenngleich die Jugoslawen eben in Moskau feststellen mußten, daß ihre schärfsten Opponenten, nämlich die Chinesen, gleichfalls wieder vertreten waren und das Hauptinteresse der neuen Krenlherrscher in einem Maße beanspruchten, wie es unter Chruschtschow undenkbar gewesen wäre.

In diesem Zusammenhang bleiben einige barge Fragen vorläufig noch unbeantwortet. So, wie könnte sich ein sowjetisch-chinesischer Kompromiß auf die Moskau-Belgrader Beziehungen auswirken? Was bedeutet es, wenn die neuen Männer in Moskau sich nicht nur auf ihren XX. und XXI. Parteikongreß berufen (die eigentlichen Entstalinisierungskongresse), sondern in gleichem Atemzuge auch den XXI. Kongreß als Richtschnur ihrer künftigen Politik bezeichnen, der in Jugoslawien als ausgesprochen rückschrittlich betrachtet wird? Und nicht zuletzt, was meinen sie, wenn sie erneut öfters die Beschlüsse der Konferenz der 61 kommunistischen Parteien aus dem Jahre 1960 in Erinnerung bringen, darin die heftigsten Angriffe gegen den "jugoslawischen Revisionismus" geritten worden waren? Solange auf all diese Fragen keine verbindliche Antwort vorliegt, werden die jugoslawischen Kommunisten gezwungen sein, sich recht vorsichtig zu verhalten.

Papierpyramide der kommunistischen Wirtschaft

Farmer oder Schreiber ?

- die große Frage in der Tschechoslowakei

Von Rudolf Hornig

Über die Papierpyramide in der kommunistischen Wirtschaft gibt es eine Reihe von Büchern und Schriften, die für den Fachmann sehr erregend sind. In der breiten Öffentlichkeit des Westens, für die der Begriff "Papierkrieg" geläufig ist, herrschen über diese östlichen Papierpyramiden nur sehr vage Vorstellungen, die sich zumeist mit der Einstellung begnügen, das "Leben drüber" sei noch mehr der Bürokratisierung unterworfen als sonst so in der Welt. Es lohnt sich daher, einmal an Hand eines aktuellen Beispiels aus der Ostblockpresse aufzuzeigen, welche Rolle die Papierpyramide in der kommunistischen Wirtschaft tatsächlich spielt.

"Techniker der Viehhaltung"

Das aktuelle Beispiel liefert der Prager "Aufbau und Frieden" in einem Beitrag "Farmer oder Schreiber ?", der auf die chronische Agrarkrise in der Tschechoslowakei ein bezeichnendes Licht wirft. Es handelt sich um die offiziell "Techniker für Viehhaltung" und sonst "Farmer" genannte Person (Mann oder Frau), die bei einem Staatsgut oder einer Kolchose für die Viehhaltung verantwortlich ist. Diesem "Techniker" unterstehen die Rinderherde, die Schweine und Ferkel, die Legehennen und das übrige Geflügel sowie alle Leute, die mit der Viehhaltung zu tun haben. Zum Unterschied vom Zigeunerbaron in der Operette sind "Das Rechnen und das Lesen" bei ihm ein Hauptfach, da er neben dem Vieh vor allem mit Papier und Schreiben zu tun hat.

Nach der Prager Zeitung fängt der Tag eines Technikers oder Farmers sehr früh an, denn schon vor 7 Uhr morgens muß er aus dem Stall in sein Büro eilen, um dort die Tageszeile in der "Meldung der Viehhaltung" auszufüllen, die dann an die Leitung des Betriebes telefonisch durchzugeben ist. Auszufüllen sind 45 Spalten: Stand der Kühe, Milchmenge (wieviel gemolken, wieviel abgeliefert, verfüttert oder an die Angestellten verkauft), Zugänge, Abgänge, wenn ja, wieso und warum, was vorgekehrt und was nicht, Eier (wieviel gelegt worden, wieviel abgeliefert, wo bleibt der Rest?), Kauf und Verkauf von Rindern, Schweinen und Hennen, Wotschlachtungen, dann (nochmals) die Zahl der Tiere nach Gattungen und insgesamt einschließlich eventueller Pferde, Katzen, Hunde usw. Täglich wird diese Meldung durchtelefoniert und täglich werden dabei (von der Zentrale) Ermahnungen, Hinweise und Vorschriften erteilt. Manchmal dauert es eine Weile, bis man endlich die Leitung des Betriebs an der Strippe hat.

Neues Kalb - sieben Eintragungen

Ist diese Papierarbeit getan, beginnen die "schriftlichen Arbeiten" erst richtig. Die Prager Zeitung, die es wissen muß, zählt auf: "Lohnzettel, Empfangsscheine, Entnahmescheine, Verrechnungsscheine, Stallkarten, das Tiertagebuch, das Futtertagebuch, das Milchregister, das Eierregister. Zum Schluß die schriftliche Tagesmeldung, in der alle Angaben über den Viehstand und dessen Veränderungen, über die Produktion und Verwendung von Eiern und Milch noch einmal zusammengefaßt werden."

Im weiteren Detail geht das Anhäufen und Auftürmen der Papierpyramide so vor sich, daß z.B. der tägliche Milcherttrag viermal niedergeschrieben wird: Auf dem Bogen für die telefonische Meldung, auf dem Lohnzettel der Kuhpfleger, im Milchregister und in der schriftlichen Tagesmeldung. Hat eine Kuh ein Kalb geworfen, so hat der "Farmer" zu beachten: Die telefonische Meldung, den Beleg über die Veränderung im Stand der Tiere, den Lohnzettel (für den Pfleger), die Eintragung auf der Stallkarte, die Ausstellung einer Stammkarte für das Kalb, die Eintragung in das Tiertagebuch und den Vermerk in der schriftlichen Tagesmeldung.

Die "Monatsübersicht"

Wenn der "Farmer" dann noch Zeit hat, kann er in den Stall gehen und sich um die Viehhaltung kümmern, für die er verantwortlich ist. In der zweiten Monatshälfte wird jedoch seine Zeit knapp. Denn dann geht es an das Wiegen des Jungviehs (Kälber) und der Schweine. Das kann Tage dauern. Für jede Kategorie wird eine eigene Gewichtsliste in dreifacher Ausfertigung zusammengestellt. Die Gewichtszunahme wird ferner auf den Lohnzetteln und im Tiertagebuch eingetragen.

Zum Monatsende werden die Lohnzettel sowie die verschiedenen Tagebücher und Register abgeschlossen. Zum Monatschluß kommt dann die große Fleißarbeit, das Ausfüllen der statistischen Meldung "Monatliche Übersicht über die Viehhaltung", bestehend aus acht Seiten mit 42 Spalten und 177 Zeilen. Wird die Übersicht am letzten Tage des Monats geschafft (oder auch nicht), dann kann sich der "Farmer" nicht einmal endlich richtig ausschlafen, denn am nächsten Morgen muß er ja schon vor sieben Uhr aus dem Stall in sein Büro eilen..... ganz gleich, ob es ein Sonntag oder Wochentag ist.

"... komme nur selten in den Stall"

Die Vorstellung, daß auch in der Industrie der Tschechoslowakei und anderer Ostblockstaaten so viel Papier verbraucht wird, ist bedrückend. Der Prager "Aufbau und Frieden" kann nur resignierend feststellen: Junge Leute, die ihre Vorstellungen von der Tätigkeit eines Farmers aus Wildwestfilmen schöpfen, müssen gründlich umdenken. Großstadtkinder, die diesen Beruf ergreifen wollen, können versichert sein, daß sie nur selten in den Stall kommen werden."